

Ansprache des Diözesanratsvorsitzenden Christian Gärtner beim Neujahrsempfang des Diözesanrats im Bistum Eichstätt am 20.1.2024

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich in diesem Jahr auf einen ganz speziellen 75. Geburtstag, den es 2024 zu feiern gibt, und den wir alle mit großer Freude und ganz viel Engagement begehen sollten. Leider geht dieser Geburtstag aber im allgemeinen Bewusstsein oft völlig unter. Das Geburtstagskind hat die Initialen GG und heißt mit vollem Namen „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“. Am 23. Mai 2024 feiert diese beste Verfassung, die Deutschland jemals hatte, ihr 75. Jubiläum.

Als ich im Mai letzten Jahres bei der Amtseinführung von Bischof John Rodrigues, dem neuen Bischof unserer Partnerdiözese Poona in Indien dabei sein durfte, ist mir wieder einmal ganz deutlich vor Augen geführt worden, in was für einer privilegierten Situation wir hier in unserem Land leben. Die bittere Armut, über die man dort buchstäblich auf dem Gehsteig stolpert, die prekäre Situation, in der die kleine christliche Minderheit dort unter einem hindu-nationalistischen Regime lebt, zeigen wie gut es uns in unserem Land im Weltmaßstab doch geht. Auf der Basis des Grundgesetzes können wir zumindest im Westen Deutschlands auf eine schon 75 Jahre währende, historisch einmalige Periode des Friedens, der Freiheit, der Sicherheit und des Wohlstands zurückblicken. Wir sollten das mit großer Dankbarkeit tun, aber auch im Bewusstsein, dass es sich dabei nicht um eine Selbstverständlichkeit handelt, sondern um etwas, was im gesellschaftlichen und politischen Alltag gegen immer neue Herausforderungen verteidigt werden muss.

In den letzten Wochen ist deutlich geworden, dass aktuell die wahrscheinlich größte Herausforderung für unsere freiheitlich demokratische Ordnung, eine Partei ist, die immer unverhohlener die Fratze des Rechtsextremismus und Rassismus zeigt. Das Grundgesetz bietet aus gutem Grund die Möglichkeit, Parteien zu verbieten, und ich finde, man sollte dieses Instrument auch nutzen, wenn man damit extremistische Feinde der Demokratie und des Rechtsstaats daran hindern kann, das parlamentarische System zu missbrauchen, um die Demokratie von innen heraus auszuhöhlen und zu zerstören. Aber wir dürfen uns dabei keine Illusionen machen. Auch nach einem eventuellen Verbot einer Partei, verschwinden ja weder die extremistischen und rassistischen Ideologien und deren Protagonisten, noch die Menschen, die wegen berechtigter Anliegen, aus einer diffusen Unzufriedenheit heraus, oder aufgrund manchmal auch nur eingebildeter Missstände meinen, eine solche extremistische Partei böte eine legitime politische Alternative, die man wählen könne.

Wir alle müssen lauter und eindeutiger Einspruch zu erheben, wo menschenverachtende Ideen und Rhetorik um sich greifen. Wir müssen bessere Alternativen aufzuzeigen, wenn es um Lösungsansätze für die wirklichen Probleme geht, mit denen unsere Gesellschaft konfrontiert ist. Das ist nicht nur die Aufgabe der politischen Verantwortungsträger, sondern von uns allen. Gerade für uns als gläubige Christen heißt Zeugnis geben heute, allen autoritär-nationalistischen Versuchungen in der Politik zu widersagen.

Nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, der schon bald schon zwei Jahre dauert, hat im Oktober letzten Jahres der Terrorangriff der Hamas auf Israel neuen Unfrieden im Nahen Osten ausgelöst. Für mich unbegreiflich hat dieser größte Massenmord an Juden seit dem Zweiten Weltkrieg weltweit und auch hier in Deutschland eine Welle des Antisemitismus ausgelöst. Auch wenn man legitimerweise über die schwierige Frage streiten kann, wie eine für alle Seiten tragfähige Friedenslösung in Israel und Palästina aussehen könnte - nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt, dass Menschen jüdischen Glaubens, dass unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens hier in Deutschland, deswegen angefeindet, bedroht und daran gehindert werden, ihren Glauben frei, ungehindert und offen leben zu können. Für uns als gläubige Christen heißt Zeugnis geben heute, allen Formen des Antisemitismus zu widersagen.

Unser Grundgesetz ist vor 75 Jahren „von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“ entstanden, wie es in seiner Präambel heißt. Diese Zugehörigkeit zu Europa ist 75 Jahre später, wichtiger denn je. Die Menschen, die heute in Deutschland leben, machen inzwischen nur noch etwa 1% der Weltbevölkerung aus, in der Europäischen Union insgesamt sind es immerhin 6%, das ist fast ein Drittel mehr als in den USA, aber weniger als ein Drittel der Bevölkerung Indiens, Chinas oder Afrikas. Angesichts der Herausforderungen und Probleme in der Welt hat heute nur noch Europa als Ganzes die nötige Bedeutung um eine entsprechende globale Wirksamkeit zu entfalten, wenn es um Fragen der Friedenssicherung, des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen, oder um die Schaffung fairer und nachhaltiger Rahmenbedingungen für die Weltwirtschaft geht.

Umso wichtiger sind die Wahlen zum Europäischen Parlament, die in diesem Jahr am 9. Juni stattfinden. Angesichts der Bedeutung Europas für den Frieden und Wohlstand nicht nur in unserem Land, und nicht nur in Europa insgesamt, sondern für die ganze Welt, ist es höchst gefährlich, wenn die Europawahl als bloße Protestwahl missbraucht würde.

Auch in der Kirche stehen in diesem Jahr wieder Wahlen an. Im November 2024 werden die Mitglieder der Kirchenverwaltungen gewählt. In Zeiten knapper werdender finanzieller Spielräume in der Kirche wird die Arbeit in den Kirchenverwaltungen sicher nicht einfacher werden. Sie wird aber gleichzeitig auch wichtiger angesichts der schwierigen Entscheidungen, von welchen Angeboten, Einrichtungen und gegebenenfalls auch Gebäuden sich die Kirche vor Ort in den nächsten Jahren vielleicht auch trennen muss. Ich habe deshalb hohen Respekt vor den Frauen und Männern, die trotzdem noch bereit sind, für die Kirchenverwaltungen zu kandidieren und darin mitzuarbeiten, und damit Mitverantwortung auch für unpopuläre Entscheidungen zu übernehmen.

Aber die Last dieser Verantwortung sollte nicht nur auf wenigen Schultern ruhen. Gerade die anstehenden Kirchenverwaltungswahlen wären ein guter Zeitpunkt, um Strukturen und Modelle zu entwickeln, wie alle in unserer Kirche engagierten Gläubigen viel stärker als bisher an allen anstehenden Weichenstellungen beteiligt werden können. Um den notwendigen Wandel unter den Bedingungen zurückgehender finanzieller und personeller Ressourcen so zu gestalten, dass er nicht zu einem Totalabbruch kirchlicher Angebote und damit zu einer Selbstverzwergung der Kirche führt, braucht es

eine viel breitere Partizipation all der Menschen, die immer noch gerne ihre Zeit, ihr Wissen und ihr Herz ehrenamtlich für unsere Kirche einsetzen. Das bleibt auch in diesem Jahr das zentrale Leitmotiv für unsere Arbeit als Diözesanrat.

Vom Diözesanrat aus wollen wir weiter daran arbeiten, einen Weg zu finden, wie die unterschiedlichen Gremien der Mitverantwortung besser miteinander vernetzt werden können. Das ist, denke ich, auch ganz im Sinne der Ergebnisse der ersten Zusammenkunft der Weltsynode im vergangenen Oktober, die in ihrem Abschlusstext ein ganzes Kapitel dem Thema der "Partizipativen Gremien" gewidmet hat, in dem eine Stärkung dieser Mitwirkungsgremien und eine angemessene Repräsentanz aller Getaufte, besonders auch von Frauen in diesen Gremien gefordert wird.

Die Ergebnisse dieser ersten Phase der Weltsynode sind kein ausgearbeitetes Reformprogramm. Sie benennen aber wichtige Themen und Herausforderungen, vor denen wir als Kirche weltweit stehen und werfen Fragen auf. All das ist jetzt erst einmal Stoff für weitere Diskussionen, die in diesem Jahr zur Vorbereitung auf die nächste Versammlung der Weltsynode im Oktober 2024 geführt werden müssen. Dabei sind alle Themen, die uns auf dem Synodalen Weg in Deutschland beschäftigt haben, auch auf der Synode in Rom angesprochen worden.

Der Synodale Weg in Deutschland ist ein Versuch, als Kirche vor dem Hintergrund des Missbrauchsskandals wieder an Glaubwürdigkeit zu gewinnen, um mit der Botschaft des Evangeliums auch in der Öffentlichkeit wieder Gehör zu finden. Das ist ja gerade das große Problem, mit dem wir als Kirche nicht nur in Deutschland, sondern weltweit konfrontiert sind: Die Botschaft von "der unendlichen Liebe, mit der Gott die Welt liebt" zu verkünden, wäre in dieser Welt des Unfriedens mit ihren vielfältigen Krisen dringender denn je. Aber durch unsere eigene Schuld und unser Versagen, müssen wir uns in der Kirche mit viel Aufwand mit uns selbst beschäftigen, damit man uns diese Botschaft wieder glaubt.

Die teilweise sehr heftigen ablehnenden Reaktionen auf die vor wenigen Wochen vom Vatikan ausdrücklich erteilte Erlaubnis, auch unverheiratete, wiederverheiratete und homosexuelle Paare segnen zu dürfen, zeigen, dass Reformen auf Ebene der Weltkirche nicht so einfach realisiert werden können. Die große Bandbreite an unterschiedlichen Erfahrungen, Kulturen und Ansichten, die Christen aus aller Welt prägen, machen es viel schwieriger, sich auf internationaler Ebene auf gemeinsame Ergebnisse zu verständigen, als innerhalb kulturell und sprachlich viel homogenerer Prozesse, wie beispielsweise beim Synodalen Weg in Deutschland.

Umso wichtiger ist es, auch im Rahmen unseres Bistums ständig den Kontakt und Austausch und die Begegnung mit unseren Mitchristen aus aller Welt zu pflegen. Unsere Bistumspartnerschaften sind dafür ein wichtiges Format weltkirchlicher Verbundenheit, sozusagen eine institutionalisierte Form von Weltsynode im Kleinen.

Deshalb freue ich mich, dass in diesen Tagen zwei unserer Gesprächspartner aus diesem Kontext zu Bischöfen ernannt worden sind. Malcolm Sequeira, der Generalvikar unserer Partnerdiözese Poona in Indien, wird Bischof von Amravati, und P. Stansilav Pribyl, der ehemalige Generalvikar unserer Partnerdiözese Leitmeritz in Tschechien und zuletzt Sekretär der tschechischen Bischofskonferenz

kehrt als neuer Bischof zurück nach Leitmeritz. Bei seiner Bischofsweihe am 2. März werden als Zeichen unserer partnerschaftlichen Verbundenheit auch Mitglieder unseres Diözesanrats und aus dem Sachausschuss „Mission, Entwicklung, Frieden“ vertreten sein. Ich möchte auch von dieser Stelle aus den beiden neu ernannten Bischöfen viel Kraft und Gottes reichen Segen für ihre neue Aufgaben wünschen.

Die im November veröffentlichte Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung, an der sich erstmals auch die katholische Kirche in Deutschland beteiligt hat, zeigt ein ungeschminktes Bild der Situation, in der wir uns als Kirchen in Deutschland befinden. Die Austrittsbereitschaft ist ungebrochen hoch, das Vertrauen in die Institution Kirche gering. Wer der Kirche noch verbunden bleibt, schätzt sie in erster Linie als Sozialagentur, ist aber an religiösen Fragen und Angeboten kaum interessiert. Nur noch eine Minderheit fühlt sich dem Glauben der Kirche eng verbunden. Und die verbreitete Auffassung, man könne auch außerhalb der Kirche sein Christsein leben, erweist sich meistens als Illusion, denn ohne Rückbindung an eine Gemeinschaft von Glaubenden verdunsten die Glaubensüberzeugungen und die Glaubenspraxis, spätestens bei der folgenden Generation.

Dieser Befund mag schmerzhaft sein, aber er hilft uns hoffentlich auch, unsere Ressourcen als Kirchen darauf zu konzentrieren, wo wir der Gesellschaft dienen und unseren Beitrag zum Gemeinwohl leisten können. Das soziale Engagement von Caritas und Diakonie gehört sicher dazu, aber genauso auch alle Angebote einer umfassenden, in christlichen Werten fundierten Bildung, vom Kindergarten, über die Schulen bis zur Universität. Mit den Ergebnissen dieser Untersuchung und welche Konsequenzen wir daraus ziehen sollten, werden wir uns auch als Diözesanrat bei unserer nächsten Vollversammlung am 16. März befassen.

Zum Schluss möchte ich Sie noch zu einem anderen wichtigen Termin einladen, dem 103. Katholikentag, der vom 29. Mai bis 2. Juni in Erfurt stattfinden wird, unter dem Motto „Zukunft hat der Mensch des Friedens“.

Dieses Motto, das aus dem 37. Vers des Psalms 37 stammt, ist eine gewagte Behauptung angesichts der Nachrichten von Unfrieden und Unrecht, die täglich auf uns einprasseln. Wie schnell selbst konkrete Fragen nach Schritten zum Frieden wieder neue Konflikte auslösen können, zeigt das schwierige Ringen um die Beendigung der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten. Aber gleichzeitig ist dieses Motto auch eine ungeheure Zusage, die uns da im Wort Gottes gegeben wird: Die Menschen des Friedens werden eine Zukunft haben, nicht die gewalttätigen Frevler. Diese Vision soll uns gerade angesichts der vielfältigen Krisenphänomene unserer Zeit eine Hoffnung schenken, die stärker ist als alle möglichen apokalyptischen Szenarien, die für 2024 prognostiziert werden.

Lassen wir die Apokalypse da, wo Sie hingehört, im letzten Buch der Bibel, und gehen wir als gläubige Christenmenschen voller Hoffnung und Zuversicht auch in dieses so herausfordernd vor uns liegende neue Jahr, weil wir als Christen wissen, dass wir nicht die ganze Welt retten müssen. Sie ist schon längst gerettet und erlöst durch Jesus Christus.

In diesem Bewusstsein können wir frohen Mutes in dieses neue Jahr starten und dazu wünsche ich Ihnen alles Gute und Gottes reichen Segen, und uns allen ein gesundes und friedvolles Jahr 2024.